

Schwestern und Brüder!

Die Frage ist so brand-aktuell wie uralte: Worin manifestiert sich kirchliche Einheit? Was (außer die letztlich in Rom [früher in Jerusalem] zusammen laufenden hierarchischen Amtsstrukturen) hält unsere Kirche noch zusammen und macht sie als Einheit erkennbar? Was macht die gemeinsame Identität aller weltweit verstreuten kirchlichen Gemeinden aus? Und was davon ist wirklich wesentlich für die Menschen, für die sie da sein wollen?

In jüngerer Zeit sind diese Fragen und die damit einhergehenden kirchenpolitischen Auseinandersetzungen besonders bei der Bischofssynode des vergangenen Herbstes zu Themen des ehelichen bzw. partnerschaftlichen Zusammenlebens aufgebrochen. Stellt sich kirchliche Einheit primär durch einheitliche, gesetzlich normierte Standards in Lehre und pastoraler Praxis dar, oder gründet sie nicht vielmehr im gemeinsamen Fundament einer Botschaft und eines liebenden Anliegens, das alle Normierungen immer wieder durchbrechen muss um der Menschen willen? – Die heutige Lesung aus der Apostelgeschichte zeigt, dass solche Fragen in der Kirchengeschichte keineswegs neu sind, sondern bereits ganz am Beginn der Ausbreitung des Christentums standen. Was hält Kirche eigentlich zusammen? Was sind unaufgebbare Bedingungen gemeinsamer Identität, und was ist verzichtbar an uniformierendem Regelwerk? Der römische Bischof hat in seinem jüngsten Schreiben „*Amoris laetitia*“ durchaus eine bemerkenswerte und erfreuliche Richtungsweisung im Sinne unserer Lesung vorgenommen.

Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der jüngsten Präsidentschaftswahlen, der vor uns liegenden Stichwahl und der darin erkennbaren wachsenden Polarisierung und politischen Lagerbildung in unserem Land – und zumal am heutigen Staatsfeiertag möchte ich den Blick aber einmal weg von unserer Kirche wenden und dieselben Fragen nach der Einheit unserer Gesellschaft stellen: Was hält eigentlich unsere Gesellschaft, unser „Staatsvolk“ zusammen? – Eine Antwort darauf ist natürlich nicht direkt aus einem Blick in die Bibel zu gewinnen; unsere Gesellschaft ist keine Glaubensgemeinschaft, sondern als liberale, pluralistische und rechtsstaatliche Demokratie verfasst. Ich will und kann hier freilich auch keinen staatsphilosophischen Vortrag halten. Aber es gibt in unserer Kirche einen heuer 125jährigen kirchlichen Traditionsstrang, der sich als Katholische Soziallehre mit Fragen des sozialen Zusammenlebens aus christlicher Perspektive beschäftigt. Und aus dieser Grundlage lässt sich für die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Trends nicht nur in Österreich, sondern europa- und weltweit, lässt sich für den allgegenwärtigen Vormarsch von national orientierten und auf soziale Ab- und Ausgrenzung setzenden „Law&Order-Parteien“ manches gewinnen, das leider zu großer Sorge Anlass gibt:

Die Katholische Soziallehre benennt „Solidarität“ als zentrales Prinzip und gleichsam „Kitt“ gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das Problem: Wachsende Mehrheiten unserer Gesellschaften und die im Gleichschritt dazu populistisch erfolgreichen Politiker scheinen „Solidarität“ mehr als eine „Kampf- und Abgrenzungssolidarität“ gegen andere misszuverstehen denn als Gemeinschaftsprinzip des füreinander Einstehens und Haftens. Im ständig lauter werdenden Ruf nach Sicherheit, nach Kontrolle und Ordnung verbirgt sich in Wahrheit eine Haltung prinzipiellen Misstrauens. Menschen, die nicht dem eigenen Staatsvolk, nicht der eigenen Interessengemeinschaft, nicht der eigenen Familie angehören, ja im Extremfall alle Mitmenschen werden grundsätzlich als Konkurrenten und potentiell gefährlich eingestuft. Darum muss man sich schützen und nach allen Seiten absichern. Vertrauen mag gut sein, Kontrolle ist allemal besser. Handschlag war einmal; heute geht nichts mehr ohne schriftliche Verträge. Denn Moral orientiert sich nicht mehr an der Frage nach dem Guten, sondern nach dem gesetzlich Erlaubten. Nach innen also immer engmaschigere Gesetze und Normierungen – und nach außen: natürlich neue, höhere, engmaschigere Zäune! – Nur, wo beginnt Außen? Irgendwann bereits vor der eigenen Wohnungstür.

Wer diese Logik jedenfalls zu Ende denkt, landet beim erschreckenden Zukunftsszenario einer paranoiden Hochsicherheitsgesellschaft, deren gemeinsame Basis aus Angst und Misstrauen gebaut und die von einem möglichst lückenlosen Netz gesetzlicher Bestimmungen und entsprechender Kontroll- und Zwangsmechanismen überzogen und zusammengehalten, besser: am Funktionieren gehalten wird. – Für Vertrauen und echte Solidarität ist hier kein Platz mehr. Sie beschränkt sich darauf, der Gesellschaft das zu geben, wozu man gesetzlich verpflichtet bzw. gezwungen ist. Das aber hat mit Solidarität, mit echter Gegenseitigkeit, mit einem füreinander Einstehen nicht mehr viel zu tun.

Der Beschluss der Jerusalemer Kirchenleitung in der Apostelgeschichte weist in eine andere Richtung: Er setzt nicht auf ein möglichst engmaschiges Netz gesetzlicher Vorgaben, sondern positiv auf einen Vertrauensvorschuss: ein Minimum an verbindlichen Normen, aber viel Vertrauen darauf, dass die aus anderen Kulturen stammenden „Neu-Christen“ das Wesentliche erfassen und genau das tun würden, was „Leben in der Nachfolge Jesu“ bedeutet und erkennbar macht.

Unsere modernen Gesellschaften sind – wie gesagt – keine Glaubens- bzw. Weltanschauungsgemeinschaften. Dennoch sind auch sie letztlich angewiesen auf gegenseitiges Vertrauen und solidarisches Verhalten ihrer Mitglieder – oder sie gehen genau dessen verlustig, was sie als „menschlich“ qualifiziert und ihre Existenz rechtfertigt.